



Brüssel, 22. Juni 2006
Taxud.E1/JMVL/EM

Doc: JTPF/011/2006/EN

KURZBERICHT ÜBER DIE 15. SITZUNG DES GEMEINSAMEN EU-VERRECHNUNGSPREISFORUMS

(Brüssel, 21. März 2006)

1. Annahme der Tagesordnung (Dok. JTPF/008/2006/EN/FR/DE)

1. Die vorgeschlagene Tagesordnung wird angenommen.

2. Annahme des Kurzberichts über die Sitzung vom 12. und 13. Dezember 2005 (Dok. JTPF/002/2006/EN)

2. Die folgenden Änderungen werden einvernehmlich angenommen: In Absatz 6 wird nach „Zahl der anhängigen Fälle“ der Satzteil „per 31.12.2004“ eingefügt, in Absatz 9 wird „bis heute“ durch „bis zu der Sitzung“ ersetzt, und in Absatz 13 wird das Wort „Audit“ durch „Verrechnungspreisanpassung“ ersetzt. Ein Mitglied aus der Wirtschaft bittet darum, in Absatz 45 die in Absatz 138 des Berichts über alternative Verfahren zur Vermeidung und Beilegung von Streitigkeiten entwickelte Idee aufzunehmen.

3. Mündlicher Bericht des Ratsvorsitzes über den Verfahrensstand hinsichtlich des zweiten Berichts des Forums

4. Die österreichische Delegierte erklärt, der Ratsvorsitz warte auf eine Stellungnahme des Juristischen Dienstes des Rates. Sie fügt hinzu, dass es mit dem Dokument sprachliche Probleme gebe und dass die Gruppe Finanzfragen versuchen wird, Einigung über den Wortlaut zu erzielen, damit der Bericht auf einer Tagung des Rates ECOFIN als A-Punkt genehmigt werden kann.
5. Der Vorsitzende äußert Zweifel wegen des zeitlichen Rahmens: Das JTPF habe mehr als ein Jahr gebraucht, um Einvernehmen über den Bericht zu erzielen, und es werde ebenfalls etwa ein Jahr dauern, bis das Verfahren abgeschlossen sei.

4. Prüfung des Entwurfs des Berichts der JTPF über alternative Verfahren zur Vermeidung und Beilegung von Streitigkeiten (Dok. JTPF/001/2006/EN)

6. Das Forum befasst sich sodann mit dem Bericht über alternative Verfahren zur Vermeidung und Beilegung von Streitigkeiten. Der Vorsitzende erinnert die Teilnehmer daran, dass man bereits ein beachtliches Stück weiter gekommen sei. Die beiden früheren APA-Dokumente über Schlüsselfragen und spezifische Punkte wurden im letzten Jahr erörtert. Diese beiden Dokumente, das allererste APA-Dokument und die gemeinsame Stellungnahme der MS-Untergruppe wurden in einem Bericht zusammengefasst, der bereits Gegenstand eines schriftlichen Verfahrens war. Das Forum hatte also genügend Gelegenheit, sich zu allen wichtigen in dem Bericht erörterten Fragen zu äußern. Der dem Forum nun vorliegende Bericht enthalte alle schriftlichen Bemerkungen der Mitgliedstaaten und das Forum solle sich nun mit diesen Bemerkungen befassen, um etwaige Unstimmigkeiten zwischen den Passagen, die aus früheren Dokumenten in den Bericht aufgenommen wurden, und den neuen im schriftlichen Verfahren hinzugekommenen Bemerkungen zu klären. Er hoffe, dass man auf diese Weise unnötig lange Diskussionen vermeiden könne, da die Mitglieder bereits ausreichend Gelegenheit hatten, die wirklich wichtigen Fragen zu erörtern.
7. Der Vorsitzende erklärt die Idee, die hinter dem Bericht steht: er enthält eine detaillierte Analyse der Arbeit des Forums und zusätzlich für die APA Einzelheiten der vom Forum entwickelten besten Praxis. Der Abschnitt über die beste Praxis enthalte die Argumente und Überlegungen des Forums und, für jede beste Praxis fettgedruckt, die Regeln, an die sich die Steuerverwaltungen und die Steuerzahler halten sollten.
8. Das Forum geht danach den Bericht durch und beginnt mit den im schriftlichen Verfahren vorgeschlagenen Änderungen. Der Vorsitzende regt an, diese Änderungen als vom Forum angenommen zu betrachten und nur die Punkte zu erörtern, gegen die Einwände erhoben werden. Falls zu einem Punkt zwei widersprüchliche Vorschläge gemacht werden, solle man den radikaleren Vorschlag zuerst erörtern.
9. Das Forum billigt sodann mehrere redaktionelle Vorschläge. Sie werden in die Absätze 5, 6, 19, 20, 23, 26, 29, 34, 35, 39, 45, 52-53, 59, 60 und 61, 65-67 des Berichts eingearbeitet.
10. Die Diskussionen über einige Absätze gehen über redaktionelle Probleme hinaus. In Absatz 41 soll der bereits vom Forum angenommene Wortlaut durch den entsprechenden OECD-Wortlaut ersetzt werden. Absatz 44 wird geändert, weil mehrere Mitgliedstaaten mitteilen, dass sie keine Vereinbarungen mit den Steuerzahlern treffen können – gleichzeitig aber darauf hinweisen, dass dies nicht bedeute, dass sie keine APA aushandeln können, sondern nur, dass die rechtsverbindliche Vereinbarung zwischen den beteiligten Ländern getroffen werden muss. Absatz 47 wird geändert, um die Situation in Dänemark widerzuspiegeln, wo APA nur von der zuständigen Behörde und nicht von Prüfern ausgehandelt/verwaltet werden, wohingegen in Deutschland Prüfer an einem APA mitwirken müssen. Dies ändert aber nichts an der Auffassung des Forums über das, was beste Praxis bedeutet: Die Steuerverwaltungen sollten für die APA qualifizierte und erfahrene Mitarbeiter einsetzen, aber die Verhandlungen zwischen den beteiligten Ländern müssen von den zuständigen Behörden geführt werden. Danach

werden die redaktionellen Vorschläge des Mitglieds aus der niederländischen Steuerverwaltung zu den Absätzen 50 und 51 erörtert. Man kommt überein, Ausführungen zu vermeiden, die auf eine Beziehung zwischen dem Wunsch der Steuerzahler nach Rechtssicherheit und etwaigen Gebühren oder einer Komplexitätsschwelle hindeuten.

11. Absatz 64 erweist sich als äußerst problematisch. In vorangegangenen Sitzungen, so der Vorsitzende, habe man sich darauf verständigt, dass in einigen Fällen anonyme Kontaktaufnahmen der Steuerzahler noch vor einem Vorgespräch nützlich sein können, und das Forum habe dies in der besten Praxis vorsehen wollen. Nun werde die Erörterung aber noch einmal aufgerollt, weil sich das Forum bemühe, einen für alle Mitgliedstaaten akzeptablen Wortlaut zu finden. Während einer langen Diskussion stellen die Niederlande und das VK fest, dass sie anonyme Kontaktaufnahmen nicht gestatten werden. Deutschland hingegen meint, dass man anonyme Kontaktaufnahmen in bestimmten Fällen akzeptieren werde. Der Vorsitzende erinnert das Forum daran, dass die Frage nicht ist, ob ein Land eine solche anonyme Kontaktaufnahme akzeptiert oder nicht; der Grund, warum man eine beste Praxis zu diesem Punkt ausgearbeitet habe, sei eine Bemerkung der Mitglieder aus der Wirtschaft gewesen, wonach anonyme Kontaktaufnahmen bei Gelegenheit nützlich sein können. Der Vorsitzende betont, es sei, selbst wenn bestimmte Mitgliedstaaten anonyme Kontaktaufnahmen nicht zulassen wollen, nicht nachvollziehbar, dass sie einen Wortlaut durchsetzen wollen, mit dem anderen Mitgliedstaaten dies ebenfalls untersagt werden soll. Da keine Einigung über diesen Punkt erzielt wird, kommen die Mitglieder überein, das Sekretariat mit dieser Aufgabe zu betrauen, das versuchen soll, redaktionelle Vorschläge zu machen.
 12. Die Zeit bis zum Ende der Sitzung wird langsam knapp. Der Vorsitzende sowie die Mitglieder aus der Wirtschaft und einige Mitgliedstaaten zeigen sich enttäuscht über die langsamen Fortschritte. Nach Aussage des Vorsitzenden sind die mangelnden Fortschritte - nur die Absätze 1 bis 67 von insgesamt 138 Absätzen des Berichts wurden bisher erörtert, die fünf Anhänge überhaupt noch nicht - besonders enttäuschend, weil man alle Fragen bereits zuvor erörtert habe, eine gemeinsame Stellungnahme der Untergruppe der Mitgliedstaaten erarbeitet und veröffentlicht wurde (die allerdings jetzt von einigen Mitgliedstaaten, die ihr zuvor zugestimmt hatten, redaktionell überarbeitet werde) und weil der Bericht bereits Gegenstand eines schriftlichen Verfahrens war.
 13. Nach einer Wortmeldung der Mitglieder aus der Wirtschaft wird vereinbart, dass das Sekretariat die Vorschläge des Forums bis zu Absatz 65 in den Bericht einarbeiten und für die noch nicht erörterten schriftlichen Bemerkungen entscheiden wird, welche in den Bericht einbezogen werden sollen und welche nicht. Diese Neufassung soll dann erneut ins schriftliche Verfahren gehen, damit vor der Junisitzung eine weitere Revision erfolgen kann. Auf diese Weise seien in der nächsten Sitzung hoffentlich keine neuerlichen ausführlichen Erörterungen mehr notwendig.
- 4. Stand der Ernennung der unabhängigen Personen (Artikel 7 Absatz 1 des Schiedsübereinkommens) (Dok. JTPF/010/BACK/REV3/2005/EN)**
14. Die meisten Mitgliedstaaten haben bereits geantwortet. Italien und Griechenland geben an, dass sie die Liste in Kürze übermitteln werden.

- 5. Stand der Durchführung des Verhaltenskodex zum Schiedsübereinkommen (Dok. JTPF/006/BACK/2006), aktualisierte Zahl der anhängigen Fälle per 31.12.2005 (Dok. JTPF/009/BACK/2006/EN – wird nachgereicht) und Stand der Ratifizierung des Übereinkommens 2005/C 160/01 über den Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten zum Schiedsübereinkommen (Dok. JTPF/005/BACK/2006/EN).**
15. Mehrere Mitglieder aus den Steuerverwaltungen erläutern die Situation in ihren Ländern:
- Italien erklärt, dass alle Behörden, die an Verständigungs- und Schiedsverfahren beteiligt sind, wissen, dass es den Kodex gibt, und sich bemühen, ihn anzuwenden. Zur Frage des Zahlungsaufschubs heißt es, dass dies bereits im Gesetz Nr. 99 vom 22. März 1993 geregelt sei.
 - Griechenland führt aus, dass alle beteiligten Dienste über den Kodex informiert wurden, dass die Steuerverwaltung aber immer noch prüft, ob er in das nationale Steuerrecht übernommen werden soll oder nicht.
 - Schweden gibt an, dass Zahlungsaufschub gewährt wird.
16. Zur Umsetzung des Verhaltenskodex zum Schiedsübereinkommen erklärt der Vorsitzende, dass dieser Punkt zum Arbeitsprogramm des JTPF gehört und beim Follow-up der Aktivitäten des JTPF eine große Rolle spielt. Er bedauert, dass die Frage betreffend den Zahlungsaufschub entweder überhaupt nicht oder nur sehr vage beantwortet wurde. Er fordert daher die Mitglieder aus den Steuerverwaltungen auf, ihre Beiträge noch einmal zu überprüfen und die Frage betreffend den Zahlungsaufschub zu beantworten, bevor das Dokument öffentlich gemacht wird. Abschließend bittet er die Mitglieder aus der Wirtschaft, dem JTPF etwaige missbräuchliche Anwendungen bzw. die nicht erfolgte Anwendung des Verhaltenskodex mitzuteilen.
17. Ein Mitglied aus der Wirtschaft weist darauf hin, dass die Wirtschaft wissen möchte, ob das Schiedsübereinkommen in Kraft ist und deshalb eine formale Überwachung erfolgen muss; dies sei aber nicht Aufgabe der Wirtschaft.
18. Für eine Reihe von per 31.12.2005 noch offenen MAP-Fällen im Rahmen des Schiedsübereinkommens ist das verteilte Dokument nur als ein erster Entwurf anzusehen, weil einige Mitgliedstaaten immer noch nicht geantwortet haben und viele Meinungsverschiedenheiten noch im Wege bilateraler Kontakte zwischen den Steuerverwaltungen gelöst werden müssen.
19. Bis zu der Sitzung hatten nur zwei Mitgliedstaaten (die Slowakei und die Niederlande) das Abkommen über den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten zum Schiedsübereinkommen ratifiziert. Es wird vereinbart, dass die Mitgliedstaaten, die noch nicht geantwortet haben, das Sekretariat so bald wie möglich über den Stand des Ratifizierungsverfahrens unterrichten (gemäß der politischen Verpflichtung in Nummer 6 des Verhaltenskodex, wonach die Ratifizierung spätestens zwei Jahre nach dem Beitritt (also bis zum 1. Mai 2006) erfolgen soll).

- 6. Erörterung des Entwurfs des Arbeitsprogramms 2007-2008 des JTPF (Dok. JTPF/007/BACK/2006/EN).**
20. Der Vorsitzende fasst die Antworten auf den Fragebogen zusammen und erklärt, dass nur neun Steuerverwaltungen bisher geantwortet haben und dass die Vorschläge in den Antworten nur in wenigen Fällen ausreichend begründet wurden. Eine Mehrzahl der Steuerverwaltungen schein aber die Fortsetzung des JTPF zu begrüßen und sei bereit, auch technischere und spezifischere Fragen wie Kostenteilungsvereinbarungen ((BE, DE, ES, Wirtschaft) oder Verbuchungsprobleme (BE, DE, Wirtschaft) zu erörtern. Andere mögliche Themen sind: trilaterale MAP (BE, DE, ES), KMU und Verrechnungspreise (MT, ES), Überwachung und Aktualisierung der Verhaltenskodizes (BE, DE, Wirtschaft), Umstrukturierung von Unternehmen (ES, Wirtschaft), feste Niederlassung (ES), Konvergenz der Verrechnungspreise zwischen Einkommensteuer, Zoll und Mehrwertsteuer (Wirtschaft). Schließlich regen mehrere Mitglieder an, weniger Sitzungen anzusetzen. Dadurch habe man mehr Zeit, um über die Vorschläge nachzudenken, so dass letztlich die Arbeit nicht leiden müsse.
 21. Mehrere Mitglieder aus der Wirtschaft betonen, wie wichtig die vorgeschlagenen Themen sind, selbst wenn einige davon bereits von der OECD behandelt wurden.
 22. Eine Steuerverwaltung interpretiert die Tatsache, dass nur so wenige Steuerverwaltungen auf die Fragen geantwortet haben, als Signal, dass das JTPF nicht fortgesetzt werden sollte: Das Forum sollte keine bereits auf OECD-Ebene erörterten Fragen noch einmal erörtern, es sei auch nicht eingesetzt worden, um über den Fremdvergleichsgrundsatz zu sprechen, und eine Lösung der trilateralen MAP-Fälle würde eine Änderung des Schiedsübereinkommens voraussetzen, die aber außerhalb des Mandats der JTPF liege. Das Mitglied schlägt vor, die Frage der Fortsetzung des JTPF auf Ratsebene zu erörtern.
 23. Als Reaktion auf diese Äußerung weist die überwiegende Mehrzahl der Steuerverwaltungen auf die guten Erfolge des JTPF hin und unterstützt nachdrücklich die Fortsetzung des Forums: Es könne künftig „akademische“, oder theoretische und praktische Fragen erörtern, um das Verständnis der Verrechnungspreisgrundsätze in Europa zu fördern. Allerdings könne man tatsächlich weniger Sitzungen ansetzen.
 24. Die Mitglieder aus der Wirtschaft sprechen sich ebenfalls für eine Fortsetzung des JTPF aus, da es ihrer Auffassung nach eine einmalige Chance bietet, Wirtschaft und Steuerverwaltungen zusammenzubringen, um gemeinsam praktische Fragen zu erörtern und praktische Erfahrungen auszutauschen. Die Existenz des Forums habe auch die Rechtssicherheit verbessert.
 25. Der Vertreter der OECD beglückwünscht das JTPF zu der bisher geleisteten Arbeit und unterstützt seine Fortsetzung für eine weitere Amtszeit: Die Arbeit der OECD und die Arbeit des JTPF ergänzten sich, jeder könne vom anderen profitieren.
 26. Der Vertreter der einzigen Steuerverwaltung, die sich gegen die Fortsetzung ausgesprochen hat, antwortet, dass seiner Meinung nach die Ziele erreicht wurden und dass das JTPF nicht befugt ist, steuerpolitische Themen zu erörtern.
 27. Der Vorsitzende erinnert abschließend noch einmal an die nachdrückliche Unterstützung für die Fortsetzung des JTPF und an die wichtigsten Themen:

Überwachung, Kostenteilungsvereinbarungen, KMU, allgemeine Aussprachen und Erfahrungsaustausch

28. Das Sekretariat wird den Mitgliedern vor der nächsten Sitzung den Entwurf des neuen Arbeitsprogramms übermitteln.

9. Sonstiges

29. Die übrigen Fragen auf der Tagesordnung können wegen Zeitmangels nicht erörtert werden.